

## D GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE

### DGAA Deutschland

#### HESSEN

#### 20. Jahrhundert

- 23-3** *Hessen im 20. Jahrhundert* : eine politische Geschichte / Walter Mühlhausen. - Wiesbaden : Waldemar Kramer in der Verlagshaus Römerweg GmbH, 2023. - 650 S. : Ill. ; 21 cm. - ISBN 978-3-7374-0500-3 : EUR 29.90  
[#8516]

Bereits seit Jahrzehnten beschäftigt sich Walter Mühlhausen in seinen Forschungen mit der Zeitgeschichte Hessens, so etwa bereits in seiner Dissertation mit dem demokratischen Neubeginn in Hessen in den Jahren 1945-1950.<sup>1</sup> Im Mittelpunkt seiner vor zwei Jahren publizierten Arbeit stand schließlich die Entwicklung Hessens in der Zeit der Weimarer Republik.<sup>2</sup> Nunmehr verbindet Mühlhausen seine Forschungsergebnisse zu einer umfassenden Darstellung zur Entwicklung Hessens im 20. Jahrhundert.<sup>3</sup>

Doch wie ist Hessen überhaupt definiert. So weist Mühlhausen den Leser darauf hin, dass es das Land Hessen erst seit dem 19. September 1945 gibt. Damals entstanden durch eine Proklamation der amerikanischen Besatzungsmacht die drei Nachkriegsländer, (Groß-)Hessen, Bayern und Württemberg-Baden. Noch im Vormärz unterteilte sich der hessische Raum in sieben verschiedene Territorien: Die Freie Stadt Frankfurt, das Herzogtum Nassau, das Fürstentum Waldeck sowie die drei hessischen Fürstentümer Kurfürstentum Hessen-Kassel, Großherzogtum Hessen-Darmstadt und Landgrafschaft Hessen-Homburg. Außerdem gehörte der Kreis Wetzlar zur preußischen Rheinprovinz. Schon während der Revolution von 1848/1849<sup>4</sup> wurde unter dem Stichwort „Drei Hessen unter einem Hut“ (zi-

---

<sup>1</sup> *Hessen 1945 - 1950* : zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit / Walter Mühlhausen. - 1. Aufl. - Frankfurt am Main : Insel-Verlag, 1985. - 583 S. : Ill ; 22 cm. - (Die Hessen-Bibliothek im Insel-Verlag). - Zugl.: Kassel, Univ., Diss. : 1984-1985 u.d.T.: Mühlhausen, Walter: Politische Geschichte des Landes Hessen 1945 - 1950. - ISBN 3-458-14292-4.

<sup>2</sup> *Hessen in der Weimarer Republik* : politische Geschichte 1918-1933 / Walter Mühlhausen. - Wiesbaden : Waldemar Kramer, 2021. - 279 S. : Ill. , Kt. ; 21 cm. - ISBN 978-3-7374-0490-7 : EUR 20.00.

<sup>3</sup> Inhaltsverzeichnis: <https://d-nb.info/1274986176/04>

<sup>4</sup> Vgl. *Revolution von 1848/49 in Hessen* : die hessischen Staaten, Nassau, Waldeck und Frankfurt / Michael Wettengel. - Wiesbaden : Waldemar Kramer in der Verlagshaus Römerweg GmbH, 2022. - 262 S. : Ill. ; 21 cm. - ISBN 978-3-7374-0496-9 : EUR 22.00 [#8321]. - Rez.: *IFB 22-4* <http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=11789>

tiert S. 23) die Vereinigung der hessischen Fürstentümer gefordert, was freilich folgenlos blieb. Folgen hatte dagegen der Deutsche Krieg von 1866, in dessen Rahmen Hessen-Kassel, Nassau und die Freie Stadt Frankfurt durch Preußen annektiert wurden. Die in der Landgrafschaft Hessen-Homburg regierende Linie des Hauses Hessen war 1866 ausgestorben, so daß die Landgrafschaft im Erbgang an Hessen-Darmstadt zurückfiel. Da Hessen-Darmstadt im Deutschen Krieg ebenfalls auf der Verliererseite gestanden hatte, mußte Hessen-Homburg an Preußen abgetreten werden. Nach dem Deutschen Bruderkrieg bestanden also im hessischen Raum nur noch das Großherzogtum Hessen-Darmstadt, das Fürstentum Waldeck sowie die preußische Provinz Kurhessen-Nassau. Das Fürstentum Waldeck schloß 1867 einen in der Folgezeit regelmäßig verlängerten Akzessions-Vertrag mit Preußen und ging in der Weimarer Republik (1929) vollständig in Preußen auf.

Intensiv behandelt Mühlhausen die verwaltungsrechtliche Gliederung sowohl der Provinz Kurhessen-Nassau (Sitz des Oberpräsidenten in Kassel sowie der Regierungspräsidenten in Kassel und Wiesbaden) als auch des Großherzogtums Hessen-Darmstadt. Wie schon erwähnt, wurde die preußische Provinz Kurhessen-Nassau von den Amerikanern 1945 mit Hessen-Darmstadt zum Land (Groß-)Hessen zusammengeschlossen. Allerdings kamen nunmehr Rheinhessen sowie einige Kreise im Westerwald an das Land Rheinland-Pfalz, das damals Teil der französischen Besatzungszone war.

Erst allmählich, so betont Mühlhausen, entwickelte sich in den somit aus zahlreichen, vormals eigenständigen Territorien zusammengesetzten Bundesland so etwas wie ein Landesbewußtsein, zu dem auch die 1961 von der Regierung unter Georg August Zinn (1901 - 1976) eingeführten Hesstagen einen Beitrag leisteten.

In seiner Darstellung der hessischen Geschichte setzt Mühlhausen freilich Schwerpunkte. Dementsprechend wird die Phase des demokratischen Neubeginns nach dem II. Weltkrieg besonders intensiv behandelt. Mit Recht weist Mühlhausen darauf hin, daß dies die Jahre waren, in denen der Grundstein für eine dauerhafte freiheitlich-demokratische Ordnung gelegt worden ist. Ebenfalls eingehend blickt Mühlhausen auf die Amtszeit von Georg August Zinn in den 1950er und 1960er Jahren. Zinn verstand es, Hessen als „sozialdemokratische(s) Musterland“ (S. 21) zu gestalten und hier einen Gegenentwurf zu den bürgerlich-konservativen Bundesregierungen zu entwickeln. Etwas knapper wird dagegen das ausgehende 20. Jahrhundert behandelt. Dies hängt freilich damit zusammen, daß die meisten Archive Sperrfristen von dreißig Jahren haben, so daß für die Zeit an der Jahrtausendwende noch nicht in dem Maß Quellen vorliegen und es somit schwierig ist, für diese Jahre ein abschließendes Urteil zu treffen.

Im Mittelpunkt der Ausführungen Mühlhausens steht vor allem die politische Geschichte, wobei er selbstverständlich nicht versäumt, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dort mit einzubeziehen, wo diese in Wechselwirkungen mit der Politik tritt. Zudem widmet Mühlhausen vor allem der Geschichte der SPD ein hohes Maß an Aufmerksamkeit. Dies entspricht den

Forschungspräferenzen Mühlhausens als langjährigem Leiter der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte,<sup>5</sup> hat aber selbstverständlich auch eine sachliche Berechtigung. Denn keine Partei hat die Entwicklung Hessens derart intensiv geprägt wie die SPD. Die Sozialdemokratie hat in der Weimarer Zeit durchgehend den Staatspräsidenten im Volksstaat Hessen(-Darmstadt) gestellt. Zudem stand zwischen 1946 und 1987 sowie nochmals zwischen 1991 und 1999 jeweils ein Sozialdemokrat an der Spitze des Landes Hessen. – Wie genau die Darstellung Mühlhausens erfolgt, soll exemplarisch am Einleitungskapitel zur Geschichte des hessischen Raumes an der Jahrhundertwende ein wenig näher erläutert werden:

So nimmt Mühlhausen den Leser mit in das Arbeitermilieu um 1900. Nach dem Ende des Sozialistengesetzes, das im Großherzogtum Hessen-Darmstadt nicht ganz so scharf wie in Preußen gehandhabt worden war, bildeten sich ab den 1890er Jahren einzelne Gewerkschaften, die sich bald in Ortskartellen und in Unterstützungsvereinen zusammenschlossen. Dabei dominierten freilich die freien, der SPD nahestehenden Gewerkschaften, in Fulda entstanden jedoch ab 1900 auch christliche Gewerkschaften, die politisch mit der Zentrumspartei kooperierten. Sehr rasch gewannen die Gewerkschaften an Mitgliedern und Einfluß. Dieser spiegelte sich in den Gewerkschaftshäusern wider, die 1901 in Frankfurt, sowie 1907 in Darmstadt und Wiesbaden entstanden. Auch verweist Mühlhausen auf den im Jahr 1900 erstellten Saalbau der Gewerkschaften in Offenbach, der allein durch die Spenden der Arbeiterschaft finanziert wurde und Raumkapazitäten für Veranstaltungen mit 1500 Personen (wobei nur die Sitzplätze gerechnet werden) bot.

Abgesehen der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Errichtung von Hilfskassen und der Forderung nach höheren Löhnen, bemühten sich die Gewerkschaften auch um die juristische Beratung ihrer Mitglieder. Diese erfolgte in Form von Arbeitersekretariaten. Mühlhausen stellt den Arbeitersekretär als „Volksjuristen“ (zitiert in Anlehnung an Christian Stock, S. 31)

---

<sup>5</sup> Vgl. u.a. **Friedrich Ebert 1871 - 1925** : Reichspräsident der Weimarer Republik / Walter Mühlhausen. - 2., durchges. Aufl. - Bonn : Dietz, 2007. - 1064 S. : Ill. ; 25 cm. - Zugl.: Darmstadt, Techn. Univ., Habil.-Schr., 2006. - ISBN 3-8012-4164-5 Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten - Friedrich Ebert (1871 - 1925) : Katalog zur ständigen Ausstellung in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte / hrsg. von Bernd Braun und Walter Mühlhausen. - Heidelberg : Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, 2012. - 228 S. : Ill. ; 23 cm. - ISBN 978-3-928880-42-8 : EUR 14.80 [#2984]. - Rez.: **IFB 13-1**

<http://ifb.bsz-bw.de/bsz377959774rez-1.pdf> - **Friedrich Ebert** : sein Leben in Bildern / Walter Mühlhausen. Hrsg. von der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte. Mitarbeiter bei der Recherche und Redaktion: Sebastian Parzer. - Ostfildern : Thorbecke, 2019. - 272 S. : Ill. ; 28 cm. - ISBN 978-3-7995-1371-5 : EUR 38.00 [#6419]. - Rez.: **IFB 19-2**

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=9719> - **Friedrich Ebert in Weimar und Schwarzburg 1919** / Walter Mühlhausen. - Erfurt : Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen, 2019. - 43 S. : Ill. ; 21 cm. - ISBN 978-3-96250-281-2 : (kostenfrei) [#6459]. - Rez.: **IFB 19-2**

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=9701>

vor, der die Mitglieder seiner Gewerkschaft in Sozialversicherungsfragen sowie bei Streitfällen vor Gewerbegerichten beriet. 1910 gab es im hessischen Raum bereits acht Arbeitersekretariate (einschließlich der Arbeitersekretariate in Mainz und Worms). Natürlich gab es an der Jahrhundertwende immer wieder Arbeitskämpfe mit z. T. offenem Ausgang: Zwischen 1899 und 1913 kam es im hessischen Raum zu 1220 Streiks und im Gegenzug zu 174 Aussperrungen, von denen 134.000 Arbeiternehmer betroffen waren. Bspw. erfolgte Ende 1899 die Aussperrung von 1200 Maurern in einem Konflikt mit dem Frankfurter Verband der Baugewerblichen Unternehmen. Oftmals zogen die Arbeitgeber auch Streikbrecher von auswärts heran, so bspw. die Segeltuchfabrik in Kassel 1905. Den Streikenden sollte damit die Chance der Wiedereinstellung genommen werden. In Kassel führte dies dazu, daß Schüsse auf zwei der neu eingestellten Arbeiter abgegeben wurden. Tätliche Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Streikbrechern waren damals keine Seltenheit. Doch kann Mühlhausen auch von Erfolgen der Streikenden berichten. So genügte ein eintägiger Arbeitskampf, um in den Gummiwerken in Fulda 25 % Lohnerhöhung für Überstunden durchzusetzen. Ein Höhepunkt der Streikbewegung war übrigens 1906 erreicht, als es im hessischen Raum zu 163 Arbeitskämpfen und zwölf Aussperrungen kam.

Eng verbunden mit dem Thema Arbeit ist freilich die Arbeitslosenquote. Diese betrug im hessischen Raum im Sommer 1895 gerade einmal 1,6 %, um bis zum Jahresende jedoch auf 4,6 % anzusteigen. Freilich verweist Mühlhausen auf eine hohe Dunkelziffer bei der Arbeitslosigkeit, die als gesellschaftlicher Makel empfunden wurde. Ab 1894 gab es übrigens auf kommunaler Ebene in Frankfurt einen „Arbeitsnachweis“. In diesen Arbeitsnachweisen, die bis 1909 in sechs weiteren hessischen Städten entstanden, arbeiteten Arbeitgeber und Arbeitnehmer zumindest teilweise zusammen. Die verschiedenen kommunalen Arbeitsnachweise „schlossen sich 1907 zum ‚Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverband‘ zusammen, vor allem auch zur Regulierung des Ungleichgewichts zwischen Arbeiterüberschuss in den Städten und Arbeitermangel auf dem platten Land“ (S. 33).

Durch den Zuzug von Arbeitskräften (freilich auch durch Eingemeindungen) wuchsen die Städte am Beginn des 20. Jahrhunderts explosionsartig. Selbst eine Kleinstadt wie Gießen konnte zwischen 1880 und 1910 ihre Einwohnerzahl von 17.000 auf 31.000 Einwohner erhöhen. Frankfurt zählte jedes Jahr im Schnitt 12.000 neue Einwohner. Die damit einhergehenden Licht- und Schattenseiten arbeitet Mühlhausen anschaulich heraus. So kam es jetzt zum Ausbau einer kommunalen Daseinsfürsorge. Es entstanden Anschlüsse für Abwasser und Wasser, Kläranlagen (deren erste 1887 in Frankfurt, die allerdings bei Mainhochwasser nicht funktionsfähig war) wurden gebaut. Die Elektrifizierung schritt voran, Straßen und Wege wurden befestigt. Das Telefon begann seinen Siegeszug. Allein in Darmstadt erhöhte sich die Zahl der Anschlüsse zwischen 1900 und 1907 von 777 auf 2500. Intensiv blickt Mühlhausen auf die Entwicklung Frankfurts unter Oberbürgermeister Franz Adickes (1846 - 1915, Oberbürgermeister 1891-1912). Die Stadt wurde „zu einem Musterbeispiel einer Wohlfahrtsstadt“ (zitiert S. 58),

wobei auch Stiftungen der Bürger zur Finanzierung sozialpolitischer Aufgaben beitrugen. Allerdings wurden in Frankfurt auch die Krisensymptome der Ära deutlich: So herrschten hier Wohnungsmangel bzw. massive hygienische Mängel in vielen Wohnungen, so daß die Forderung nach „Wohnungsreform“ und „Wohnungsbau“ (zitiert ebd.) hier besonders laut geäußert wurden. Auch gehörte Frankfurt zur Spitzengruppe der deutschen Städte hinsichtlich der Zahl der „Schlafgänger“. Dies waren Menschen, die gerade einmal Geld hatten, um sich ein Bett für einige Stunden zum Schlafen mieten zu können. Immerhin erging 1892 in Frankfurt eine „Polizeiverordnung betreffend das Schlafstellenwesen“. Diese wurden registriert und mußten hygienische Mindeststandards erfüllen. Darüber hinaus verweist Mühlhausen auf Gesetze, mittels derer an der Jahrhundertwende versucht wurde, der Wohnungsnot entgegenzusteuern, darunter das 1902 in Hessen-Darmstadt erlassene Gesetz über die Wohnungsfürsorge für Minderbemittelte. Dieses sah u. a. die Förderung des Wohnungsbaus mit Hilfe der Landeskreditkasse vor. Seit 1918 bestand außerdem ein preußisches Gesetz zur Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

Dennoch konnten all diese Gesetze nicht verhindern, daß spätestens mit dem Baustopp am Beginn des Ersten Weltkrieges und mehr noch in der Weimarer Zeit, Wohnungsmangel zum Dauerproblem wurde.

Das starke Anwachsen der Städte, die Ausbildung eines „Industrieproletariats und der Aufstieg der Sozialdemokratie sind sich gegenseitig bedingende Faktoren“ (S. 39): Intensiv schildert Mühlhausen den politischen Aufstieg der SPD im Zeitalter des Wilhelminismus. Er verweist gleichzeitig auf die zahlreichen Mechanismen, mit denen von Seiten des Obrigkeitsstaates insbesondere bei Landtags- wie auch Kommunalwahlen versucht wurde, die SPD von der Macht fernzuhalten. Sehr deutlich wird dies bspw. an der Verfassungsreform im Großherzogtum Hessen 1911. Die Verabschiedung dieser Reform hat allein zehn Jahre gedauert. Auch galt das Großherzogtum Hessen als ein verhältnismäßig liberaler Bundesstaat, in dem Großherzog Ernst Ludwig (1868 - 1932, regierte 1892 - 1918) sich immerhin schon einmal im Rahmen eines parlamentarischen Abends mit den führenden SPD-Abgeordneten Carl Ulrich (1853 - 1933) unterhalten hatte.

Die hessische Verfassungsreform von 1911 brachte lediglich geringfügige Demokratisierungen. So wurde die direkte und zugleich geheime Wahl des Abgeordneten durch die Bevölkerung eingeführt, auch wurde die Zahl der Wahlkreise von 50 auf 58 erhöht. Hierdurch wurde die Benachteiligung städtischer Wahlkreise in der Wahlkreisgeometrie abgeschwächt. Gleichzeitig war jedoch das Wahlalter mit 25 Jahren recht hoch. Auch durfte nur wählen gehen, wer seit drei Jahren im Großherzogtum Hessen-Darmstadt ansässig war und mindestens ein Jahr über die hessische Staatsbürgerschaft verfügte. Zudem durften die Wähler weder bei der Staats- noch bei der kommunalen Steuer im Rückstand sein, wie auch durch die hessische Verfassungsreform ein Pluralwahlrecht eingeführt wurde. Wer älter war als 50 – das Durchschnittsalter, das ein Arbeiter erreichte, betrug gerade einmal 46 Jahre – verfügte über zwei Stimmen. Auch hierdurch wurden also jüngere potentielle SPD-Wähler aus der Arbeiterschaft benachteiligt. In der Summe

wurde durch die hessische Verfassungsreform der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung von ca. 17-18 auf gerade einmal etwas über 20 % erhöht. Ein beliebtes Mittel sozialdemokratische Mandatsgewinne zu verhindern, bildeten außerdem – vor allem in Stichwahlen – Wahlkampfabkommen der bürgerlichen Parteien untereinander. Folglich konnte die SPD bei der nachfolgenden Landtagswahl in Hessen-Darmstadt 1911 zwar über ein Drittel der Stimmen erreichen, stellte aber gleichwohl nur acht der 58 Landtagsmandate (14 %).

Neben dem Blick auf die politische Landschaft stellt Mühlhausen aber auch die größten Unternehmen des Landes ebenso wie technische Innovationen vor. In gleicher Weise kommt der Blick auf Frauenorganisationen oder auch auf die ersten Studentinnen an Hochschulen im hessischen Raum nicht zu kurz und ebenso blickt Mühlhausen auf die Entwicklung von Jugendverbänden am Beginn des 20. Jahrhunderts. Auf diese Weise entsteht – freilich nicht nur für den hier exemplarisch vorgestellten zeitlichen Abschnitt an der Wende zum 20. Jahrhundert – ein umfassendes und vielschichtiges Bild von Politik und Gesellschaft Hessens im 20. Jahrhundert.<sup>6</sup>

Michael Kitzing

#### QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=12114>

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=12114>

---

<sup>6</sup> Jüngst erschien die Biographie des hessischen CDU-Politikers Alfred Dregger, der von 1956 bis 1970 Oberbürgermeister von Fulda war und dann von 1982 bis 1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: **Alfred Dregger** : Zeitpolitiker der Wiedervereinigung und Anwalt des Parlamentarismus / Wolfram Pyta ; Nils Havemann. - Wien ; Köln : Böhlau, 2023. - 582 S. ; 24 cm. - ISBN 978-3-412-52682-5 : EUR 59.00 (DE), EUR 61.00 (AT). - Inhaltsverzeichnis: <https://dnb.info/1270408941/04>